

Helmut Schmidt:

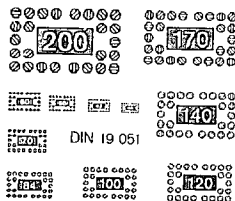
## Das geistige Profil der Sozialdemokratie

*Senator Helmut Schmidt hat am 23. Juni 1965 auf einer sozialdemokratischen Großveranstaltung im Auditorium Maximum der Hamburger Universität nachstehende Rede gehalten:*

Wenn vom Profil einer Partei die Rede sein soll, wie wäre es denn wohl zu erkennen? Ergibt es sich aus den Meinungen ihrer Mitglieder oder aus den Meinungen ihrer Führungspersonen? Ergibt es sich aus ihren Programmen oder aus ihren tatsächlichen Handlungen, aus ihrer Geschichte also? Oder ergibt es sich aus dem Kontrast zu anderen Parteien? Von alledem will ich sprechen. Dabei wird zwar keiner von uns den demnächst beginnenden Wahlkampf zum 5. Bundestag ganz vergessen können, aber ich will mich — von wenigen Randbemerkungen abgesehen, — nicht in die Rolle des Wahlkämpfers begeben.

Lassen Sie mich mit einem kurzen Blick auf die Geschichte der Sozialdemokratie beginnen.

Wer es liebt, die Geschichte als eine Folge von dialektischen Spannungen und eine Folge ihrer Auflösungen auf höherer Ebene zu sehen, der wird jedenfalls mit Fug sagen dürfen, daß die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei zugleich eine Geschichte der Spannungen ist, in die sie gestellt war und in die sie gestellt bleibt: Eine Geschichte des Spannungsverhältnisses zwischen Ideologie und



Realität oder des Spannungsverhältnisses zwischen Tradition und Fortschritt oder, um in eine andere Richtung zu schauen (insbesondere in den Jahren bis in den ersten Weltkrieg hinein und dann abermals in den Jahren des Dritten Reiches), eine Geschichte der Spannungen zum Staat schlechthin, zu einem Staat, der auf die Vernichtung dieser Partei aus war. Und wenn wir auf die Weimarer Jahre zurückblicken: eine Geschichte des Zweifrontenkampfes gegenüber den Kommunisten zur Linken und gegenüber den Bürgerlich-Konservativen, später der Nationalsozialistischen Partei, zur Rechten. Um es allgemeiner zu fassen: die Geschichte der Sozialdemokratie verläuft auf dem Hintergrund des großen Spannungsverhältnisses zwischen Obrkeitsstaat und Demokratie in unserem Lande.

## Die Geschichte der SPD ist die Geschichte der Demokratie in Deutschland

Und mit dem Stichwort Demokratie ist nun zugleich auch eine der großen Kräfte, nein, die überragende konstante Kraft genannt, die die Geschichte dieser Partei über 100 Jahre lang bestimmt hat. Man darf sogar sagen, daß die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie zugleich die Geschichte des Kampfes um einen demokratischen Staat in Deutschlands schlechthin gewesen ist. Ohne die beharrliche Kraft dieser Partei hätte sich angesichts der so starken und auch heute durchaus noch lebendigen obrkeitsstaatlich-akzentuierten Traditionen in unserem Volke, ohne die Sozialdemokratie hätte sich das demokratische Prinzip kaum einen endgültigen Platz in Deutschland verschaffen können.

Dieser sich seit 100 Jahren immer wieder erneuernde Kampf der Sozialdemokraten um die Demokratie in Deutschland begann schon 1863 mit Ferdinand Lassalle. Später war über eine ganze Generation hinweg August Bebel die führende Kraft. Entscheidend war aber die große grundsätzliche Weichenstellung, welche die Sozialdemokratie unter der Führung von Friedrich Ebert nach dem ersten Weltkrieg zustandegebracht hat. Eine Weichenstellung, die alle linksradikalen Kräfte abdrängte, die Räterepublik ablehnte und im Kampfe mit klassenrevolutionären Ideen, die zum Teil ihr Vorbild im bolschewistischen Rußland suchten, stattdessen die demokratische Wahl zur verfassungsgebenden Nationalversammlung von Weimar durchsetzte. In der Weimarer Verfassung ist zum erstenmal in Deutschland ernst gemacht worden mit einem Versuch zum demokratischen Rechtsstaat sozialer Prägung.

Daß dieser Versuch schon elf Jahre später, im Frühjahr 1930, praktisch gescheitert war, denn die letzten drei Jahre waren ja nur noch Agonie, daß er 1933 dann vollends vor die Hunde gegangen ist, das hat sicher mannigfaltige Ursachen. Sie liegen bei dem Verhalten der Siegermächte jener Zeit, sie liegen bei den Deutschnationalen, sie liegen bei den Nationalsozialisten, sie liegen bei den Kommunisten, sie liegen bei der Reichswehr, sie liegen bei der Industrie, den Verbänden, aber sie liegen sicherlich zum Teil eben auch bei den staatstragenden Parteien der Weimarer Zeit, beim Zentrum, bei den Liberalen und bei meiner eigenen Partei.

Ungezählte Menschen hat das Scheitern dieser ersten deutschen Demokratie ihr Leben gekostet, aber wenn schließlich nach dem totalen Ende des nationalsozialistischen Regimes und trotz der noch rauchenden Trümmer des zweiten Weltkrieges unser Volk dann doch die Idee der Nation und die Idee ihrer freien Selbstbestimmung nicht gleich mit auf den Schutthaufen des Unrechtsstaates geworfen hat, so wäre dies wiederum, so glaube ich, ohne die Sozialdemokratie und ohne einen Mann wie Kurt Schumacher wohl leicht ganz anders gekommen.

Wenn man zurückdenkt, dann ist es eigentlich erstaunlich, daß die gerade in den Augenblicken der Gefahr und der Not immer wieder bewiesene Staatsgesinnung, so im August 1914 oder im Winter 1918/19 oder im März 1933 und so wiederum 1945, daß diese Staatsgesinnung von den Sozialdemokraten, die vor uns gewesen sind, so unbeirrt durchgehalten wurde. Schließlich hat ja doch der Staat tatsächlich während der längsten Periode jener 100 Jahre allerhand Anstrengungen unternommen, um die Sozialdemokratische Partei zu vernichten. Ich muß hier nicht erinnern an das Sozialistengesetz, mit dem Bismarck versuchte, die Sozialdemokratie zu zerstören; ich muß nicht erinnern an die Verleumdungen und Verfolgungen der wilhelminischen Ära und an das Schimpfwort von den vaterlandslosen Gesellen; ich muß nicht erinnern an die tödliche Verleumdung des ersten Reichspräsidenten Ebert, an der er schließlich auch seelisch zugrunde gegangen ist; und ich muß wohl auch nicht erinnern an die heute noch nicht ganz vergessenen Bosheiten der allerletzten Jahre, wonach die Sozialdemokratie gleichbedeutend sei mit dem Untergang Deutschlands. Leider ist das eine Tradition in unserem Lande, diese lange Kette von Versuchen der Verunglimpfung, der Herabsetzung und sogar Zerstörung unserer Partei durch höchste Staatsorgane, von der physischen Vernichtung durch die Henker Adolf Hitlers ganz zu schweigen.

Die Erfahrung der Weimarer Republik und des Kampfes gegen Hitler hat schließlich in unserer Generation aus dieser Partei eine



Volkspartei werden lassen, nachdem sie mindestens bis 1918 in allererster Linie eine Partei der Arbeiter gewesen war. Und der Arbeiter jener Generationen und Epochen, der hatte wahrhaftig wenig Grund, seinen Staat zu lieben. Er war wirklich ein Klassenstaat, er war ein Staat mit einer Klassenjustiz und mit einem Dreiklassenwahlrecht. Der Arbeiter jener Tage war wirklich wirtschaftlich ausgebeutet, er war politisch verfolgt und entrechtet, und er war gesellschaftlich diskriminiert. Bis zum ersten Weltkrieg durfte kein leitender Beamter Sozialdemokrat sein. Mit der größten Selbstverständlichkeit vertraten Reichskanzler diesen für sie selbstverständlichen Grundsatz in aller Öffentlichkeit vor dem Deutschen Reichstag.

Bis zum ersten Weltkrieg durfte ein Sozialdemokrat auch nicht Unteroffizier werden, er durfte noch nicht einmal Gefreiter werden im preußisch-deutschen Heere. An der Front, zwischen 1914 und 1918, ist es dann vorübergehend anders geworden, als sich zeigte, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war. Ich sagte „vorübergehend“, denn auch in der Weimarer Republik hat es sozialdemokratische Unteroffiziere oder gar Offiziere wohl nur in Ausnahmefällen gegeben.

Aber damals, im ersten Weltkrieg, hatte der Staat eine Ausnahme machen müssen, weil Millionen von Sozialdemokraten draußen an den Fronten das erfüllten, was am 4. August 1914 die parlamentarischen Vertreter dieser Partei im Reichstag in der berühmten Rede Hugo Haases versprochen hatten, der dem Reichstag sagte: „Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Später ist diese Rede und diese Entscheidung umtritten gewesen; aber damals, als sie gehalten wurde, lebte die große Mehrheit des Volkes und die große Mehrheit der Arbeiterschaft in dem Bewußtsein, daß unser Volk und daß das Deutsche Reich von außen angegriffen wurde, daß es darum ging, Deutschland zu verteidigen, insbesondere gegen die russische Despotie.

Als später die übriggebliebenen Soldaten des ersten Weltkrieges nach Hause kamen, ist aus jener Kriegsgeneration die Mannschaft derjenigen politischen Führer der Sozialdemokratie erwachsen, die das staatspolitische Profil unserer Partei, die das Profil der modernen Sozialdemokratie entscheidend vorgeprägt haben. Ich nenne Julius Leber, Carlo Mierendorf, Theo Haubach, Kurt Schumacher. Sie sind damals in den zwanziger Jahren die geistigen Wegbereiter für das Godesberger Grundsatzprogramm der heutigen, der gegenwärtigen modernen Sozialdemokratie gewesen.

Vielleicht wäre die Geschichte des Weimarer Demokratieversuchs ab 1930 anders verlaufen, wenn die Kriegsgeneration schon in der obersten Führungsschicht der Sozialdemokratie gestanden hätte. Sie war noch zu jung. Immerhin: es blitz schon etwas auf, wenn man zum Beispiel jene Rede liest, die Kurt Schumacher 1932 im Deutschen Reichstag gehalten hat. Goebbels hatte die Sozialdemokratie die „Partei der Deserteure“ geschimpft. Der schwerbeschädigte Frontsoldat Schumacher antwortete, der Nationalsozialismus sei nichts anderes, als der fortdauernde Appell an den inneren Schweinehund im Menschen. Diese Rede läßt schon die Kraft des Mannes aufblitzen; und ähnlich finden Sie es in den damaligen Reden von Leber und auch von Haubach. Aber ich sagte, sie waren noch etwas zu jung, um schon die eigentliche Führung darstellen zu können.

Zum charakterlichen Profil der eigentlichen Führer jener Zeit muß aber gesagt werden, mit welch großem persönlichen Mut sie damals der Bedrängnis entgegengetreten sind. Man muß sich noch einmal die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 23. März 1933, als es um das Ermächtigungsgesetz ging, ins Bewußtsein heben, eine Haltung, die in der Rede von Otto Wels kulminierte. Da heißt es, zu den Nazis gewandt: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“ Schon umstellt von den Schergen und den Henkern des Dritten Reiches, die höhnisch dazwischenrufen, die ringsherum in ihren Uniformen den Reichstag umstellt haben; schon sind viele Genossen verhaftet, viele sind schon malträtiert, und in dieser Stunde sagte Otto Wels für seine Fraktion:

„Wir bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig unzerstörbar sind, zu vernichten. . . Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten im Reich. . . Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Und weiter:

„Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.“

Diese Haltung hat für viele Tausende von Sozialdemokraten während der Jahre des Dritten Reiches das Vorbild dargeboten.

## Programme und Menschen

Unterdrückung und Emigration haben gleichzeitig aber dann dazu geführt, daß die damaligen Sozialdemokraten über vieles nach-

gedacht haben. Sie haben auch manche ihrer Irrtümer und Fehler erkannt. Manches war auch schon in den letzten Jahren der Weimarer Zeit neu gedacht worden. Und als dann nach 1945 die Sozialdemokraten wieder zusammenkamen, nach sehr verschiedenen Lebenswegen, die sie von 1933 bis 1945 erlebt hatten, da war nun, Gott sei Dank, schon das ideologische Eis gebrochen, es war sogar schon vieles davon hinweggeschwemmt. Kurt Schumacher konnte jetzt mit Zustimmung der großen Mehrheit der Partei sagen, es sei gar nicht wichtig, ob jemand von Marx her komme, ob von Immanuel Kant her oder ob vom Geiste der Bergpredigt her: wichtig sei nur, ob er der Idee der sozialen Gerechtigkeit, der Idee der Demokratie, der Idee der Freiheit anhänge.

Wenn man das alles noch einmal vor seinem Auge passieren läßt, dann ist eigentlich das Godesberger Programm des Jahres 1959 nichts umwerfend Neues mehr gewesen. Es zog eigentlich nur einen Schlußstrich unter eine lange geistige Entwicklung, die schon in den späteren Weimarer Jahren sich deutlich bemerkbar gemacht hatte. Godesberg war das Ziehen einer Summe. Manche Außenstehende haben gemeint, das Godesberger Programm sei etwas ganz kategorisch Neues. Für uns, die wir an diesem Programm mitgearbeitet haben, insbesondere für uns Jüngere, die wir erst nach 1933 angefangen hatten, uns eigene politische Vorstellungen zu schaffen, ist Godesberg jedoch etwas sehr Selbstverständliches gewesen, etwas, auf das wir seit dem Kriege zugegangen waren, auf das — historisch gesehen — die Partei mindestens seit 1932 zugegangen war. In diesem Programm von Godesberg ist nichts mehr enthalten von dem marxistischen Glauben an einen automatischen und gar vorhersehbaren Ablauf der Geschichte; da ist nichts mehr vom Vorwissen um das, was einmal notwendigerweise sein würde. Sondern hier weiß man, daß zwar die Geschichte ein dialektischer Prozeß sein mag, aber daß es Ideen sind, daß es Ideale sind und daß es Menschen sind, die die Geschichte bewegen; und daß es auf die Menschen ankommt.

Man kann die Geschichte der SPD als eine Geschichte ihrer grundsätzlichen Programme beschreiben. Ich halte das für einseitig und irreführend. Aber drei Feststellungen zur Geschichte der Programmatik seien hier angemerkt:

1. Das etwa einmal in jeder politischen Generation neubestimmte sozialdemokratische Programm hat sich im grundsätzlichen Teil mehrfach erheblich gewandelt und stets neue Erkenntnisse einbezogen. Die SPD war im Grunde immer „revisionistisch“, lange ehe in den neunziger Jahren Eduard Bernstein den Revisionismus bewußt vertrat.

2. In den fünfzig Jahren von 1891 bis in das Dritte Reich, in denen die politische Theorie der SPD weitgehend vom Marxismus bestimmt war, da war doch zugleich ihre politische Tagesordnung und ihre praktische Politik recht pragmatisch. Man könnte formulieren: in jenen beiden Generationen hat zwar diese Partei marxistisch theoretisiert, aber lassalleianisch gehandelt.

3. Ein Axiom hat zu aller Zeit gegolten: die Annahme, daß das Gefüge von Staat und Gesellschaft stets verbesserungsbedürftig und auch verbesserungsfähig sei. Dieses Axiom ist anti-utopisch, es impliziert die ständige Notwendigkeit zur Anpassung der Programmatik an die sich ändernde Situation.

Lassen Sie mich dies letzte noch einmal in ganz anderen Worten sagen: Jedes Bemühen, das wir anstellen, will zu Ergebnissen führen. Aber die erreichten Ziele können für den, der sich um das Wohl des Staates und des Ganzen sorgt, doch niemals endgültige Ziele sein. Als zum Beispiel 1919 in Hamburg das Dreiklassen-Wahlrecht zugunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts abgeschafft wurde, da war damit ein fundamentales Ziel der SPD erreicht. Für dieses Ziel hatte die SPD seit 1863 in der einen oder anderen Form gekämpft, für ein allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht. Aber damit war doch die Bemühung um die Demokratie noch keineswegs endgültig erfolgreich.

Politische Ergebnisse sind immer nur Durchgangsstationen, Plattformen vielleicht, von denen aus dem Suchenden möglich ist, neue Ziele zu erkennen und anzuvizieren. Hamburg ist heute besser geordnet als 1919; und die zweite Demokratie in Deutschland ist heute besser geordnet, als die erste es war. Und an beiden haben die Zielsetzungen der Sozialdemokraten — die nach 1919 neu erfolgten — einen hervorragenden Anteil.

Und selbst wenn einer das maximal Erreichbare als Ziel ins Auge fassen wollte, so bliebe ihm das endgültige Ziel selbst doch unerreichbar. Es wandert vor ihm her, einmal schneller, ein andermal langsamer.

Wer aber für die res publica das Beste erstrebt, der muß allerdings Ziele vor Augen haben, auch wenn er wüßte, daß er seine Ziele nicht erreichen wird; auch wenn er weiß, daß die Lösung des einen Problems ein anderes, vielleicht noch unbekanntes Problem im Gefolge haben wird. Um ein Beispiel zu geben: Wer das Problem löst, für jedermann ein eigenes Auto erschwinglich zu machen, der wird dann sehr schnell vor das neue Problem gestellt, für jedermann Straßen zu bauen.

Die Suche nach dem Ziel ist auch die Suche nach dem rechten Weg. Dabei gibt es absolute Grenzen, innerhalb derer ein politischer Weg nur liegen kann. Dazu gehören vornehmlich die Grenzen, die dem Christen durch Gottes Gebot, die dem Staatsbürger und dem Politiker heute durch die Grundrechte unserer Verfassung gesetzt sind. Innerhalb der Grenzen liegen jedoch die Wege zum Ziel vielfach im Ungewissen. Wer aber handeln und vorangehen will, der muß sich immer wieder neu für seinen Weg entscheiden.

## Sittliche Grundhaltung der Sozialdemokratie

Solcherart Einsichten sind es dann gewesen, die innerhalb der SPD im Laufe der letzten Generationen den so häufig öffentlich diskutierten Prozeß der „Ent-Ideologisierung“ haben herbeiführen helfen. In diesem Prozeß ist mancherlei Theorie und mancherlei scheinbare wissenschaftliche Erkenntnis beiseite getan worden, vornehmlich all die Patentvorstellungen von den Funktionen der Welt und von deren zwangsläufiger Entwicklung und Entfaltung. Es ist denn in Wahrheit auch nicht die programmatische Theorie, welche einer politischen Bewegung ihr Profil gibt, sondern es ist vielmehr ihre geistige und ihre sittliche Grundhaltung.

In diesem Bereich der geistigen und der sittlichen Grundhaltung allerdings besteht in Geschichte und Gegenwart der Sozialdemokratie eine bemerkenswerte Kontinuität, eine in der jüngeren politischen Geschichte Deutschlands beispiellose Treue zu den gleichen Grundsätzen, die für die Sozialdemokraten schon vor 100 Jahren im Zentrum standen und seither festgehalten worden sind.

Ich nenne das Prinzip der Freiheit;

ich weise hin auf die sozialdemokratische Grundüberzeugung, daß die Freiheit des einzelnen Menschen ohne ein Minimum an materiellem Wohlergehen für den einzelnen nicht vollziehbar sei;

ich nenne die Prinzipien des Rechts und des Rechtsstaates;

ich nenne das Prinzip der Solidarität, besonders gegen die Schutzlosen und die Schwachen;

ich nenne das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit;

ich nenne das Prinzip der Demokratie, ohne das von uns Freiheit in Staat und Gesellschaft nicht gedacht werden kann;

ich nenne das Prinzip der öffentlichen Kontrolle der Macht, ohne das wir uns Freiheit nicht denken können;

ich weise hin auf das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker;

ich weise hin auf den durch alle politischen Generationen hindurch tradierten unerhörten Friedenswillen der Sozialdemokraten;

ich weise hin schließlich auf den tiefverwurzelten Willen zu besserer Bildung und Ausbildung, der die Sozialdemokraten seit 100 Jahren auszeichnet.

In all diesen Punkten handelt es sich um Grundüberzeugungen und Grundhaltungen, die letztlich allein im Sittlichen ihre Wurzeln haben. Sie haben wenig zu tun mit gesellschaftswissenschaftlicher und nationalökonomischer Theorie. Vielleicht — so denke ich manchmal für mich selbst — steckt ein unbewußtes Stück Naturrechtendens dahinter, das sich freilich nicht ganz decken kann mit der konkreten Ausprägung, die heute an anderer Stelle dem Naturrecht bisweilen gegeben wird.

## Res publica und Religion

Auch das Godesberger Programm ist im Grunde kein wissenschaftlich fundiertes, sondern vielmehr ein sittlich fundiertes Programm. Gleichwohl verzichtet es darauf, religiöse oder philosophische Überzeugungen und Einsichten zu verkünden. Kennzeichnend dafür sind die folgenden beiden Absätze des Programms:

„Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden — nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben.“

Und etwas später heißt es:

„Das Leben des Menschen, seine Würde und sein Gewissen sind dem Staate vorzugeben. Jeder Bürger hat die Überzeugung seiner Mitmenschen zu achten. Der Staat ist verpflichtet, die Freiheit des Glaubens und des Gewissens zu sichern.“

Adolf Arndt, einer der herausragenden Geister der Sozialdemokratie, hat dazu vor einigen Jahren gesagt, es sei eine sittliche Entscheidung, daß im Godesberger Programm einer politischen Partei der ihr gemäße Ort zugewiesen wird, im Vorletzten zu stehen. Allein dadurch könne die Partei in ihrer Mittlerrolle zwischen der Gesellschaft und dem Staat zu den letzten Wahrheiten hin offen sein, so wie Staat und Gesellschaft dafür offen sein sollten.

Und er hat beschwörend hinzugefügt:

„Die Unmenschlichkeit bricht aus, sobald im Vorletzten, wie es jeder demokratischen Partei als ihr Ort gebührt, eine letzte Wahrheit von Menschen zum Maßstab für mitmenschliche Gemeinschaft erhoben wird.“

Im gleichen Vortrag hatte Arndt gesagt, daß das politische Zusammenwirken katholischer und evangelischer Christen als Notwendigkeit für die friedensstiftende Aufgabe des Staates den Modellfall dafür biete, daß diese Vereinigung im staatlichen und im gesellschaftlichen Leben nicht einmal unter Christen von der gemeinsamen Anerkennung letzter Wahrheiten abhängig gemacht werden könne.

Damit, daß die SPD darauf verzichtet, sich ein Adjektiv umzuhängen, dessen Anspruch im politischen Raum nicht erfüllbar ist, damit findet auch die Frage nach der Berechtigung des polemischen Schlagworts von der „besten CDU, die es je gab“, ihre ernste Antwort. Das Adjektiv „Christlich“, das große C im Namen der anderen Partei sollte übrigens niemanden von uns darüber hinwegtäuschen, daß jene Partei ein von ihren Mitgliedern gemeinsam akzeptiertes Grundsatzprogramm eben gerade deshalb nicht zustandebringen kann, weil die katholischen und weil die evangelischen Mitglieder über eine politisch-programmatische Auslegung jenes Adjektivs sich nur in sehr verschwommener Weise einigen könnten, weil damit nämlich auf beiden Seiten letzte Vorstellungen und Bekenntnisse verknüpft und verbunden werden, die sich nicht decken können.

Der nordische Katholikentag — mit einer evangelischen und einer katholischen Predigt in der ökumenischen Gottesdienstfeier — hat das uns Hamburgern sonst etwas entfernte Konfessionsproblem deutlich in Erinnerung gerufen. Wir Deutsche sind Katholiken und Protestanten und Juden und Freidenker. Unter uns sind solche, die in der Kirche leben, und solche, die neben der Kirche leben; niemand kann verlangen, niemand sollte verlangen, daß diejenigen, die in der Kirche leben, das Recht bekämen, allein den Staat zu bestimmen — aber ebenso nicht umgekehrt, daß diejenigen, die neben den Kirchen leben, das alleinige Recht bekämen, den Staat zu bestimmen.

Von Willy Brandt stammt das Wort: „Wir müssen unser Volk mit sich selbst versöhnen“. Das war auch gemeint für das Verhältnis der Konfessionen und Kirchen untereinander, auch für das Verhältnis zwischen Kirchen und Konfessionen auf der einen und Staat und Parteien auf der anderen Seite. Wir Sozialdemokraten haben uns zur Freiheit des Glaubens, des Gewissens und der Verkündigung

bekannt. Nicht aus einer Toleranz der Gleichgültigkeit, sondern aus einer Toleranz, die auf der Achtung der Würde des Mitmenschen beruht.

Und wir meinen ernst, was wir dazu im Godesberger Programm gesagt haben. Wem sein Gewissen gebietet, seine Kinder in einer ganz bestimmten, religiös geprägten Weise zu erziehen, dessen Gewissen dürfen wir nicht vergewaltigen. Man sollte deshalb den zum Teil recht oberflächlich und leider auch demagogisch geführten Streit um den niedersächsischen Vertrag mit der katholischen Kirche endlich auch einmal unter diesem Gesichtspunkt der von uns nachdrücklich vertretenen Achtung vor dem Glauben des anderen sehen, welcher auch der Staat und seine Veranstaltungen sich zu befleißigen haben.

Ebenso sehr aber lehnen wir eine mißbräuchliche Degradierung der Konfessionen zum Mittel der Politik ab. Ebenso sehr wehren wir uns leidenschaftlich dagegen, den Staat als Werkzeug kirchlich-konfessionellen Machtstrebens mißbrauchen zu lassen. Kirchen und Staat und Parteien stehen auf sehr verschiedenen Grundlagen, sehr verschiedenen Ebenen. Gleichwohl müssen sie bereit sein, als freie Partner zusammenzuwirken. Wir Sozialdemokraten jedenfalls wollen unser Teil dazu beitragen.

## Für einen neuen Stil des Regierens

Lassen Sie mich auf eine ganz andere Fragestellung kommen: was eigentlich würde sich in Deutschland ändern, wenn die Bundestagsmehrheit und die Bundesregierung aus Sozialdemokraten bestünde?

Hier gibt es eine große Reihe von Sachgebieten und Sachproblemen — von der Finanzreform über die Volksversicherung bis hin zur Organisation des Verteidigungsministeriums —, zu denen Willy Brandt und die sozialdemokratische Regierungsmannschaft ihre Vorstellungen öffentlich erklärt haben. Diese Vorstellungen werden, gepaart mit dem Willen zur Verwirklichung, bedeutende Veränderungen in der Bundesrepublik herbeiführen. Aber jenseits dieser sachlichen Substanz unserer Politik auf den einzelnen fachlichen Feldern ist mir etwas anderes wichtiger: ich meine den Stil des Regierens.

Wir wollen keine Obrigkeits-Autorität für unsere Regierung. Wir wollen im Gegenteil uns der öffentlichen Kontrolle stellen. Wir wollen zu diesem Zweck den Staat für den Bürger und für die öffentliche Meinung durchsichtig und überschaubar machen. Wir

wollen, daß öffentlich und vor allem gegenüber dem Parlament zu jeder Zeit reiner Wein eingeschenkt werde. Wir wollen Transparenz.

Wir wollen die Unabhängigkeit der Justiz achten und — wenn möglich — mehren. Wir halten spanische Verhaftungen nicht nur für ein Vergehen gegen das Gesetz, sondern auch für eine Todsünde wider das Vertrauen der Deutschen in die Rechtlichkeit ihres Staates. Wir wollen als Regierende Gesetze und Verfassung genauso peinlich achten, wie das jeder einfache Staatsbürger auch muß. Wir verlangen von uns selbst, daß wir die Verfassung und die Grundrechte stets im Kopfe und im Bewußtsein tragen. Wir haben — im Gegensatz zur Partei des Herrn Strauß — das Grundgesetz mitgeschaffen und mitbeschlossen; wir wollen uns in unserer Treue zum Grundgesetz von niemandem übertreffen lassen.

Wir wollen als Regierende immer nur mit einer Zunge reden, im Parlament, in der Regierung, auf Parteitagen und Pressekonferenzen und im Programm die gleiche Sprache sprechen. Wir wollen eine ehrlich zustandekommende öffentliche Meinung. Wir wollen keine staatliche Beeinflussung von Presse, Funk, Fernsehen, Wochenschaun. Wir werden — getreu unserer 100jährigen Geschichte — die Freiheit der Meinung stets sehr viel höher achten als das Prestige einer Regierung oder ihrer Minister, auch im Notstand.

Wir wollen, mit einem Wort, Schluß machen mit allem Mißbrauch staatlicher Macht zu parteiischen oder persönlichen politischen Zwecken. Wir wollen die Reptilienfonds offenlegen. Wir wollen Schluß machen mit der Staatsfinanzierung politischer Parteien, weil wir sauber trennen wollen zwischen Staat und Regierung einerseits und politischen Parteien andererseits.

Wir glauben, daß es notwendig ist, dem Bundestage alle Möglichkeiten, die er zur Kontrolle der Regierung braucht, wieder zu öffnen. Wir wollen alles tun, damit Gewicht und Ansehen des Parlaments gesichert werden können. Wir sehen den Bundestag nicht als eine lästige Instanz an, die durch ihre Erwägungen und Debatten die Regierung im Handeln behindert, sondern wir bekennen uns leidenschaftlich zur parlamentarischen Demokratie. Wir werden deshalb auch der Opposition den Rang einräumen, den sie braucht, um ihre staatspolitisch unverzichtbare Funktion ausüben zu können. Wir werden die Opposition nicht mit Mitteln des staatlichen Haushalts, mit Hilfe der Vollmachten der Bundesregierung oder durch Mißbrauch der amtlichen Autorität von Bundeskanzler und Regierung herabsetzen, diffamieren oder verächtlich machen. Wir wollen endlich mehr fairness in der innenpolitischen Auseinandersetzung. Wir werden keinen demokratischen Politiker, der

ein von uns vorgelegtes Gesetz nicht annehmen will oder kann, deshalb beschuldigen, er besorge gewollt oder ungewollt die Geschäfte des Kommunismus oder der Pankower Regierung.

Wir gehen davon aus, daß die große geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erst noch bevorsteht, daß sie von der neuen Generation geführt und gewonnen werden muß. Wir wollen die neue Generation darauf nicht durch platte antikommunistische Propaganda vorbereiten, sondern sie zum selbstgeschöpften Urteil befähigen. Wir glauben an die Kraft, an die Unbefangenheit, an die Fähigkeit zur Kritik und an die Fähigkeit zum eigenen Denken der jungen Leute in Deutschland. Wir wollen sie nicht gängelnd, sondern dazu helfen, daß sie ein gut begründetes und festgegründetes politisches Selbstvertrauen gewinnen:

Für uns soll Europa weder bis zum Ural reichen, noch an der Elbe und Werra aufhören — für uns ist Europa die aus der Geschichte überkommene und erfahrene Idee des Miteinanderlebens von Völkern auf engem Raum, im Wettbewerb wie in der gegenseitigen Befruchtung und Zusammenarbeit — in Frieden und in Unabhängigkeit und in Selbstbestimmung.

Wir wollen dafür sorgen, daß das Ausland keinen Anlaß mehr erhält, unser Volk und die heute in Deutschland heranwachsende Generation mit den Machthabern des Nationalsozialismus und dessen Spuren und dessen Erbschaften im gleichen Bilde zu sehen.

Bundesminister mit brauner Weste haben unserem Ansehen draußen unendlich geschadet. Sie schaden aber ebenso der inneren Glaubwürdigkeit unseres Staates. Deshalb wollen wir endlich keine Minister und Staatssekretäre mehr dulden in Bonn, die schon unter Hitler an hoher Stelle hoheitliche Aufgaben wahrgenommen haben. Ich halte es hier mit Willy Brandt: 20 Jahre nach 1945 ist es genug mit den Vorwürfen gegen die Deutschen — die Mehrheit der heute in Deutschland Lebenden trägt für Hitlers Taten schon wegen ihres Lebensalters wahrlich keinerlei Schuld. Wir wollen aber endlich — 20 Jahre nach 1945 — in der Führungsgarnitur der Bundesrepublik auch jeglichen Anhaltspunkt für solche Mißverständnisse beseitigen. Mögen jene, die es angeht, unbehelligt ihres Weges ziehen.

Wer jedoch im Verdachte des Verbrechens steht, der soll nun endlich schnell vor seinen Richter kommen. Wir haben einen Anspruch darauf und müssen gleichzeitig dazu helfen, daß zwanzig Jahre nach Hitler die Justiz endlich die Erfüllung ihrer Pflichten auf diesem scheußlichen Gebiet zum vollständigen Abschluß bringen kann. Schließlich wollen wir nicht nochmals in die Notwendigkeit einer Debatte über Verjährungsfristen versetzt werden.

## Die Regierten sind auch verantwortlich

Und nun fehlt noch ein letztes Wort zum neuen Stil des Regierens. Aber dazu muß ich eine Erkenntnis vorausstellen. Die Mehrheit der wahlenden Staatsbürger sieht sich bisweilen selbst als die eine Kategorie an und die Gewählten und Regierenden als die völlig andere, gegenüberstehende Kategorie. Im Ergebnis kommt es zur Gegenüberstellung zwischen dem „Ich“ und „denen da oben“. Die Konsequenz ist dann oft Resignation oder sogar bereitwillige Unterwerfung unter die „Obrigkeit“ — auch dann, wenn sie falsch oder ungerecht handelt oder die Unwahrheit redet. Es sei aber erlaubt, hier auf ein bereits Geschichte gewordenenes Zeugnis der evangelisch-protestantischen Christenheit in Deutschland hinzuweisen. Die Despotie der Nazis hat 1934 die Bekennende Kirche auf ihrer Barmer Synode zu jener These geführt, in der nicht nur die Regierenden, sondern ebenso die Regierten an ihre Verantwortung gegen Gottes Gebot und Gerechtigkeit gemahnt werden. Damit wurde etwas unerhört Wichtiges sehr klar ausgesprochen.

Traditionell hatte man bis dahin die Verantwortung der Regierten kaum richtig erfaßt — sie waren ja eben als Untertanen verstanden worden, die ermahnt wurden, der Obrigkeit Gehorsam zu schulden. Sie hatten auch kaum staatlich gesetzte oder staatlich zugelassene Rechte, als eigenverantwortliche Bürger zu handeln.

Das Recht des Bürgers, sich ohne Rücksicht auf Abkunft, Stand, Einkommen und Vermögen im umfassenden Sinne staatsbürgerlich auszuwirken, gibt es in Deutschland erst seit sehr kurzer Zeit, nämlich seit kommunale Selbstverwaltung und Demokratie sich ausbreiteten. Jahrhundertlang vorher war der Bürger einflußlos den Mächtigen, denen „da oben“, unterworfen. Die Resignation der Masse der Menschen war verständlich — ebenso war es verständlich, daß sie sich unter bedrückenden Umständen von Zeit zu Zeit gewaltsam gegen eine von ihnen nicht zu beeinflussende Obrigkeit auflehnten.

Heute leben aber wir unter einer Verfassung, die jedem Bürger ein hohes Maß freier bürgerlicher und politischer Betätigung eröffnet. Gewiß gibt das Grundgesetz der Bundesrepublik dem einzelnen ebenso auch die Möglichkeit, sich nur auf sich selbst und seine eigenen Bedürfnisse zu konzentrieren. Mächten wir aber von dieser Möglichkeit einen schrankenlosen Gebrauch, so gefährdeten wir selbst unsere Freiheit. Wer sich bloß der Suche nach seinem privaten Wohlstand, der Sorge um die eigene Karriere oder gar seinen materiellen Genüssen hingäbe, der vergäße, daß das Wohlergehen

jedes einzelnen Bürgers mit dem Gedeihen aller übrigen Bürger untrennbar verbunden ist, ja — daß sein Wohlergehen das Wohlergehen der übrigen zur Voraussetzung hat. Der Prophet Jeremias hat dies gemeint, als er den nach Babylon weggeführten Juden sagte: „Suchet der Stadt Bestes . . . : denn wenn's ihr wohl geht, so geht's Euch auch wohl!“

Bürgern, die nur an sich selbst denken, braucht kein Machthaber ihre politischen Rechte vorzuenthalten oder zu schmälern. Denn sie geben sie freiwillig preis. Die Ausübung ihrer Rechte erscheint ihnen als Störung ihres egozentrischen Strebens und ihrer Bequemlichkeit.

Die im Grundgesetz der Bundesrepublik gewährleisteten Rechte und Freiheiten sollen aber ihrer Idee nach nicht die vernunftlose und schrankenlose Unabhängigkeit des einzelnen fördern. Sie sollen vielmehr dem Bürger die Möglichkeit geben, im Gefüge des Staates, in dem er leben muß, Herr seiner selbst zu sein.

Wie kann aber einer Herr seiner selbst bleiben, der darauf verzichtet, den Staat mitzuformen, in dem er lebt, Bedingungen zu schaffen oder zu erhalten, die sein eigenes Leben in Freiheit ermöglichen? Wer sich gedankenlos und ohne Anteilnahme auf das Funktionieren einer freiheitlichen Verfassung, einer starken Regierung und einer reibungslos laufenden Verwaltungsmaschinerie verläßt, der kann selbst ein Keim für die Despotie werden.

Denken wir zurück an die Jahre, in denen Hitlers Diktatur begann. „Die da oben“ haben gehandelt. Die Mehrheit der Bürger lief nur hinterher; viele glaubten sodann an die unsinnige These „Ein Reich, ein Volk, ein Führer“ und überließen der Obrigkeit unkontrolliert alle Macht. Am Ende waren Millionen tot, und ganze Völker waren geschlagen und zerschlagen. Dieses Schicksal können wir durchaus als eine schreckliche Strafe dafür ansehen, daß allzu viele der Regierten damals nur mitlaufende Untertanen waren und nur allzu wenige statt dessen eigenverantwortliche Bürger. Aber der Prophet Jeremia wandte sich nicht an die wenigen, sondern an alle. Alle Bürger sollen das Beste des Staates suchen. Und wir alle haben in unserem Gewissen zu verantworten, ob wir und wie wir uns um das Beste des Staates kümmern. Das Staatsbürgersein umschließt unlösbar voneinander Freiheiten und Pflichten gleichermaßen. Wer passiv bleibt, wer die Gelegenheiten nur hinnimmt, wer die Formung seiner Umwelt ausschließlich anderen überläßt, der handelt dem Gemeinwohl zuwider; er muß damit rechnen, daß auch sein eigenes Wohl in Gefahr gerät.

Nun bin ich nicht so töricht anzunehmen, daß sich die Masse der passiven Bürger in eine gleichgroße Masse von aktiven Bürgern



umwandeln ließe. Wir wissen, daß das demokratische Leben seine Spannkraft und seine Dynamik nicht nur bei uns, sondern auch in den Staaten mit längerer demokratischer Tradition im wesentlichen von aktiven Minderheiten in der Gesellschaft erhält. Aber wenn schon nicht alle aktiv Handelnde sein können, so brauchen trotzdem keineswegs alle übrigen bloß passiv Erduldende zu sein. Schon derjenige tritt aus der Passivität oder auch aus der Lethargie heraus, der bewußt Anteil an den Dingen des Gemeinwohls nimmt, der mitempfindet, um bereit und fähig zu sein, den entscheidenden Augenblick, in dem sein persönliches Handeln nötig werden könnte, zu erkennen und dann auch tatsächlich selbst zu handeln.

Ich will aber weitergehen und sagen, daß von vielen derjenigen, die nach ihren Fähigkeiten für eine stärkere Arbeit am Gemeinwohl in Betracht kämen, der Anruf leider nicht gehört wird. Man darf nicht aufhören, sie zu drängen und zu mahnen.

## Ohne den Geist keine res publica

Und hier komme ich zu dem Punkte, den ich vorhin noch aufgespart hatte, als ich vom neuen Stil des Regierens sprach. Die von der Ära Adenauer geprägte gegenwärtige Gesellschaft unseres Landes ist nicht gerade vom Geistigen her geprägt oder durch die Bemühung um Wissenschaft und Bildung akzentuiert. Das Land der Dichter und Denker muß einem als eine romantisch verklärte Erinnerung an längst vergangene Zeiten erscheinen. Wenn wir heute nach der Rolle der Wissenschaft, der Universitäten und Akademien, der Intelligenz und der Akademiker fragen, so stoßen wir auf mancherlei weiße Flächen in der innen- und gesellschaftspolitischen Landkarte Deutschlands. Das liegt nicht nur an der Intelligenz, das liegt vornehmlich auch an den bisherigen Regierungen. Wenn Professoren in Sorge und mit der Sorgfalt sich zu Fragen der res publica öffentlich äußerten, dann pflegte Dr. Adenauer ihnen die Kompetenz dazu abzuspochen. Und in Erhards Anzeigenserie, die er zu seinem eigenen Lobe seit dem 10. Mai auf Kosten des Steuerzahlers in allen deutschen Zeitungen veröffentlicht, da kommt zwar vielfach das Wort „ich“ vor und die Worte „mein Versprechen“, „meine Sorgen“, „meine Führung“, „mir Vertrauen schenken“ usw. — aber von der geistigen und intellektuellen Entwicklung Deutschlands ist keine Rede. (Ich will davon absehen, über ein Schlagwort von der „formierten“ Gesellschaft zu witzeln — in den Anzeigen vom 10. und 17. Mai interpretiert er sie mit seiner faksimilierten Unterschrift als „moderne, klassenlose Gesellschaft“ — wenn das keine Anpassung an die Sozialdemokratie ist, dann weiß ich's nicht!)

Die neue Regierung muß dem Geiste, der Wissenschaft, der Bildung, den Dichtern und Schriftstellern, den Forschern und Lehrern, den Künstlern und den Geistigschöpfenden schlechthin endlich den Rang geben, sie so zu Rate ziehen, sie so mitwirken lassen an der Gestaltung des Ganzen, daß wir Deutschen vor uns selbst bestehen können. Hier liegt doch das Feld, auf dem wir eine Großmacht wieder werden können und wollen — eine Großmacht der geistigen Leistung, eine Großmacht der Bildung.

Die Frage ist deshalb schon richtig gestellt, was denn dem Staat der akademische Nachwuchs wert sei. Unsere Antwort: Insgesamt bisher nicht genug; die Bildungschancen sind immer noch nicht groß genug — wenngleich es regionale Unterschiede gibt, z. B. zwischen Hamburg und einigen etwas entlegeneren Gefilden des Vaterlandes. Aber wir müssen dazu auch eine Gegenfrage an die Akademiker stellen. Die Gegenfrage lautet: Wieweit seid Ihr Akademiker und intellektuellen eigentlich bereit, Euch zu engagieren für das öffentliche Wohl? Die Politik, die Regierung, die Öffentlichkeit braucht Euch, Ihr seid ein unverzichtbares Agens in der Entfaltung einer Kulturgesellschaft — besonders einer pluralistischen Gesellschaft. Ihr solltet zu der unverzichtbaren Kategorie der „aktiven Minderheit“ gehören, von der ich vorhin sprach — aber wißt Ihr das eigentlich?

Ich weiß von dem Unbehagen der Studienräte und Lehrer am Staate, der Ärzte, der Beamten, der Richter und Anwälte. Wir wissen auch, daß sie zum Teil materielle Forderungen stellen, die durchaus anerkannt werden müssen. Aber das ist hier nicht mein Thema. Sondern mein Thema in diesem Zusammenhange hat John F. Kennedy ausgedrückt, als er zu seinem Volke sagte: „Fragt nicht, was Euer Land für Euch tun kann; fragt, was Ihr für Euer Land tun könnt“.

Deutschland braucht eine Intelligenz, die nicht nur abseits, im stillen Winkel sich an Hölderlin oder an Hegel begeistert, an Bach oder an Strawinski, an el Greco oder an den Abstrakten, an Heidegger oder an Weizsäcker, die nicht nur indigniert oder resigniert auf die politische Entwicklung schaut. Sondern eine Intelligenz, die weiß, daß nicht nur die Regierenden, sondern ebenso auch die Regierten verantwortlich sind. Die weiß, daß die Verantwortung eines Regierten steigt mit dem Grad an kritischer Einsicht, zu der der Einzelne befähigt ist. Eine Intelligenz, die Ideen und Ideale hochhält — die aber trotzdem gleichmäßig, kontinuierlich und in steter sachlicher Sorgfalt sich realistisch um die Politik und die Entwicklung ihres eigenen Landes und der Welt bemüht. Die sich

nicht auf gelegentliche, mehr emotionale Aufwallungen beschränkt; die sowohl kritisiert als aber auch neue politische Substanz schafft.

Und ich füge eine Warnung hinzu: glauben Sie nicht, daß dies eine leichte Aufgabe ist, zu der eine sozialdemokratische Bundesregierung Sie bitten wird. Man muß dazu mehr wissen und kennen, als nur sein eigenes Fach und seine eigene Disziplin. Und man muß in der Auseinandersetzung manche Kröte schlucken, wie Carlo Schmid gesagt hat. Und man muß zivile Courage aufbringen. Leider ist dies letztere in Deutschland immer noch schrecklich selten.

Die Freiheit in Deutschland hängt auch und gerade von Ihnen ab, meine Damen und Herren! Eine demokratisch geordnete Gesellschaft ist notwendigerweise eine Gesellschaft der Interessengegensätze und der Interessen-Gruppen. Die Interessenten der Freiheit aber sind bisher noch nicht ausreichend organisiert. Ihre Aufgabe ist es, Interessenten der Freiheit zu sein!

Ich wollte heute nicht zu aktuellen Problemen der Politik sprechen. Ich habe zum Beispiel kein Wort über das innenpolitische Gebiet der Gemeinschaftsaufgaben gesagt. Aber eine Fußnote zu diesem Thema soll doch gemacht werden. Weil wir Sozialdemokraten wissen, daß das akute Bildungsproblem nur von den allerwenigsten einzelnen aus eigener Kraft für sich selbst gelöst werden kann; weil wir wissen, daß nur die Gemeinschaft als Ganzes es lösen kann; weil wir wissen, daß nur Städte und Länder und Bund gemeinsam das Bildungsfizit beheben können — deswegen reden wir von einer „Gemeinschaftsaufgabe“. Und auf den Gebieten der Gesundheit, des Verkehrs, der sozialen Sicherheit, der Landesplanung ist das nicht anders. Selbst Herr Erhard hat ja jetzt die innenpolitische Bedeutung der Gemeinschaftsaufgaben begriffen und unsere Forderungen plagiiert; er hat sie bloß mit einer neuen Überschrift versehen. Aber wir wissen ja aus der Zeitung, daß man von reißerischen Überschriften sich nicht leiten lassen darf.

## Gemeinsamkeit

Wir Sozialdemokraten haben in den letzten Jahren auch noch einen anderen Begriff geprägt, der für uns wesentlich zu einer gesunden deutschen Politik gehört. Ich spreche von dem oft mißdeuteten Wort der „Gemeinsamkeit“. Hier handelt es sich nicht um eine gegenseitige oder gar einseitige Anpassung der Parteien, die wir angeblich propagieren. Es handelt sich auch nicht um eine Bereitschaft zum faulen Kompromiß auf allerlei Gebieten der Politik.

Sondern es handelt sich darum, daß bei Strafe der Gefährdung unseres Lebens als eines demokratischen Volkes auf drei Gebieten ein Minimum an Gemeinsamkeit der verantwortungsbewußten politischen Kräfte in Deutschland unerläßlich ist:

1. in der Bewahrung der demokratischen Grundordnung,
2. in der Bewahrung des Friedens und der Freiheit unseres Volkes nach außen und
3. in der Verfolgung unseres großen Zieles, die getrennten Teile unseres Volkes wieder unter dem Dach eines gemeinsamen Staates zu vereinigen.

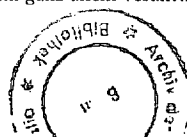
Wer als Politiker in diesen drei Grundfragen unserer nationalen Existenz nicht den Willen hat zusammenzustehen und zusammenzuhalten, der stellt Parteiegoismus über das Interesse des Ganzen. Der versündigt sich gegen die Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes. Über dem Holstentor in Lübeck steht seit Jahrhunderten das Wort „Concordia domi foris pax“, d. h. auf gut Deutsch und frei übertragen: „Der Frieden nach außen hängt ab von der Eintracht im Innern“.

Diese Einsicht in den Grundfragen unserer nationalen Existenz muß eine Gemeinsamkeit in der Sache und in der geäußerten Form sein. Und allerdings: in diesen drei Grundfragen sind und bleiben wir Sozialdemokraten der festen Überzeugung, daß es dem Ganzen schaden würde, wenn hier in der Bundesrepublik erneut jene tiefen Klüfte aufgerissen würden, die uns in den fünfziger Jahren so wehgetan haben. Das deutsche Volk kann seine ihm von anderen auferlegte Spaltung nicht überwinden, wenn wir diesen anderen nicht mit einem Mindestmaß an innerer Geschlossenheit gegenüber treten. Von dieser Überzeugung werden wir nicht abgehen, sie entspringt der ganzen Erfahrung des vorigen Jahrzehnts der fünfziger Jahre. Und wir werden für diese Überzeugung kämpfen — bis zum Wahltag und ebenso nachher in der Regierung!

Es ist eine Einsicht, von der wir glauben, daß sie lange Zeit gültig sein wird für die Entwicklung unseres Landes.

Wir wollen aber keinen Zweifel lassen darüber, was dies nicht bedeutet:

1. es bedeutet nicht, daß wir für die Politik der gegenwärtigen Regierung eine Mitverantwortung tragen oder übernehmen wollen — die Bundesregierung ist zum Beispiel für ihre Nah-Ost-Politik ganz allein verantwortlich;



2. es bedeutet auch nicht, daß wir auf Kritik an den Methoden der gegenwärtigen Politik verzichten.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik darf aber keineswegs wieder zum bloßen Reflex oder gar zum Werkzeug der innenpolitischen Kampfführung gemacht werden. Außenpolitik darf auch nicht auf das Prokrustes-Bett von Ideologen und Doktrinen gespannt werden. Sondern sie hat sich zu richten nach feststehenden sittlichen Grundsätzen; und sie hat die nach den jeweiligen Umständen besten Wege zu suchen, auf denen der Staatsrason, — und das heißt für uns: dem Frieden, der freien Selbstbestimmung und der Wiedervereinigung —, gedient werden kann. Ich will heute abend diese Maßstäbe nicht an die bisherige Außenpolitik Erhards anlegen, obgleich die Entschlußlosigkeit in der Nah-Ost-Krise und die extremen Schwankungen gegenüber de Gaulle — abwechselnd himmelhoch jauchzend und zu Tode betrübt — dazu reizen müssen.

Aber einen wichtigen Punkt zum Profil meiner eigenen Partei muß ich hier nochmals unterstreichen.

## Sorge um den Frieden

Ich sprach von der großen Friedensliebe der Sozialdemokraten, die sie seit mehr als einhundert Jahren auszeichnet. Diese Partei wird niemals um des nationalen Prestiges willen oder wegen spezifischer Interessen einzelner Gruppen das Risiko eines Krieges auf unser Volk laden. Sie ist auch die einzige Partei, die sich stetig und sachverständig mit dem Problem der Internationalen Rüstungskontrolle beschäftigt. Sie wird das auch in der Regierung tun.

Die SPD weiß: Jeder Versuch einer einseitigen Abrüstung wäre allerdings bedenklich, vielleicht lebensgefährlich. Zumindest könnte er uns sehr schnell Amerikas Rückendeckung kosten. Aber es bleibt nicht nur die Hoffnung, sondern auch die Notwendigkeit, etwas zustandezubringen für internationale Abrüstung, für gegenseitige Rüstungskontrolle. Unser deutscher politischer Beitrag auf diesem Gebiet ist bisher armselig. Carl Friedrich von Weizsäcker hat vor einiger Zeit in der Paulskirche über dieses Thema in einer sehr lesenswerten Rede gesagt:

„Die Verachtung des Abrüstungswillens ist eine der Brutstätten jenes Zynismus, aus dem die Katastrophen hervorgehen. Ich sehe mit Kummer, wie der politische Provinzialismus in der Bundesrepublik sich zum Beispiel im Fehlen einer breiten

Schicht von Kennern der Strategie der Abrüstung dokumentiert. Wenn wir von diesen Fragen der Abrüstung mehr verstünden, so würden wir vielleicht weniger in Versuchung sein, uns aufgrund spezieller nationaler Interessen, so wichtig sie für uns sind, den notwendigen internationalen Schritten in den Weg zu stellen.“

Das war nicht nur gemünzt auf die Episode mit dem Moskauer Atomtest-Stopp-Vertrag, sondern Weizsäcker könnte eine Reihe von Beispielen anführen, in denen die Bundesregierung sich aussichtsreichen Versuchen, bestimmte Abreden zur gegenseitigen Rüstungskontrolle zu erreichen, in den Weg gestellt hat. Und auch im übrigen hatte Weizsäcker recht: es gibt immer noch in der Bundesrepublik und in der Bundesregierung kaum auch nur ein bißchen Sachverstand auf diesem Gebiet. Die Abrüstungskonferenz in Genf kann von unserer Bundesregierung z. Z. kaum mit fachlich qualifizierten Beobachtern ausreichend besetzt werden, so wenig Sachverstand steht ihr zur Verfügung. Es ist beschämend, genauso wie es beschämend war, daß wir so viele Wochen gezögert haben, damals die Unterschrift unter den Moskauer Teststopp-Vertrag zu setzen. Die Bundesregierung wäre nicht so überrascht worden von dem Vertragstext, wenn sie sich rechtzeitig fachlich um diese Probleme bemüht hätte.

Das Verhindern von Kriegen ist eine komplizierte Kunst und Wissenschaft, um die sich Regierungen und Professoren kümmern müssen. Nicht immer entstehen Kriege aus Verbrechen; häufig entstehen sie aus Dummheit; häufig entstehen sie aus der Unfähigkeit leitender Staatsmänner, über ihre Schatten zu springen. Wir leben heute in einer Welt, in welcher der technische Fortschritt, der uns Menschen die Entfesselung der Kräfte des Atoms erlaubt, uns zugleich das Mittel der Selbstzerstörung in die Hand gelegt hat. Wir müssen den Frieden Tag für Tag neu sichern.

Die Kuba-Krise vor zwei Jahren hat für den Bruchteil einer historischen Sekunde den Vorhang täglicher Routine weggezogen und den Abgrund eines dritten, eines atomaren Weltkrieges enthüllt. Der Blick in die Tiefe hat selbst Chruschtschow erschreckt, als Kennedy damals die Lehre aus der englischen Beschwichtigungspolitik gegen Hitler zog und dem Chruschtschow mit Entschlossenheit entgegentrat.

Das Erschrecken Chruschtschows und sein Zurückzucken mag eine Hoffnung des Westens und der Welt bedeuten. Aber seien wir nicht voreilig zufrieden, sondern bleiben wir wachsam! Täuschen wir uns nicht, der Friede ist immer noch nichts Endgültiges geworden.

Und wir verdanken den Frieden auf der Welt — soweit wir Frieden haben — weniger kluger Staatskunst als der Furcht vor dem Chaos. Furcht und Angst indessen waren auf die Dauer noch nie ein guter Ratgeber.

## Was wir zu lernen haben

Angesichts dieser gefährdeten Welt stellen wir Lebenden wieder die Schicksalsfrage, ob die Toten der Kriege und der Diktaturen ihre Opfer umsonst gebracht haben. Es ist eine ewig wiederholte Frage, die der geschlagene Mensch an Gott richtet.

Ich glaube, daß wir uns vielleicht sagen dürfen, der Tod vieler Millionen von Menschen war doch nicht völlig vergeblich, denn er hat unser aller Gewissen geschärft. Das erwachende Gewissen der Lebenden erkennt, daß der Krieg als Mittel zur Beseitigung von Konflikten unbrauchbar ist. Jeder zukünftige Krieg wäre für alle verloren.

Die beiden Weltkriege lehren uns, daß der Inhalt des National- und Vaterlandsbegriffes seinen absoluten Wert eingebüßt hat. Es ist unser Recht und unsere Pflicht, unsere Heimat zu lieben und zu verteidigen. Aber das Vaterland ist nicht die höchste Instanz. Sondern auf Erden ist die höchste Instanz der Mensch, der Nächste, und das höchste Gebot auf Erden ist der Respekt vor dem Leben und der Freiheit und der Würde des Nächsten. Das höhere Vaterland des Menschen ist die ganze Erde: und alle Menschen sind einander Brüder.

Die Erde wird von Tag zu Tag kleiner. Nur dann wird sie nicht eines Tages zu klein sein, wenn wir lernen, in Gemeinschaft der Völker friedlich zusammenzuleben. Wenn wir lernen, niemanden mehr herauszufordern. Wenn wir lernen, uns von niemandem mehr zum Kriege herausfordern zu lassen. Wenn wir lernen, unseren Staat beständig in Ordnung zu halten und niemals kriegerische oder auch nur leichtfertige oder unfähige Minister, Kanzler oder Präsidenten an die Spitze unseres Staates zu setzen. Wenn wir lernen, unser Volk im Innern und nach außen im Gleichgewicht zu halten.

Wenn wir aus den letzten 50 Jahren lernen, daß Frieden nach außen eine demokratische Ordnung im Innern voraussetzt. Wenn wir aus der Geschichte der ersten deutschen Demokratie lernen, daß die demokratischen Parteien den Boden nicht vergiften dürfen, in dem sie gemeinsam wurzeln. Wenn wir lernen, daß wir rechtzeitig auch hart sein müssen gegen die Feinde der Demokratie.

Wenn wir aus dem Beispiel Wilhelm II. wie vor allem aus dem Beispiel Hitlers lernen, daß Überheblichkeit gegen den Nachbarn und protzende Reden den Keim zum Kriege in sich tragen kann. Wenn wir lernen, auf solche Reden nicht mehr hereinzufallen, wenn andere sie halten. Wenn wir lernen, nicht nur unsere eigenen Ansprüche, unsere eigenen Interessen, unsere eigenen Sorgen ernst zu nehmen, sondern ebenso die Ansprüche, Interessen und Sorgen der Völker, die uns benachbart leben. Wenn wir lernen, die Gerechtigkeit höher zu achten als die Macht und den Stolz.

Wenn wir lernen, daß es vor Gott und den Menschen unsere Pflicht ist, Widerstand zu leisten gegen Obrigkeiten, die das alles nicht begreifen oder gar mißachten.

Mit einem Wort: Wenn wir lernen, die Würde des Menschen an die Spitze zu stellen — so wie unser Grundgesetz dies im ersten Satz getan hat, wo es heißt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

---

Herausgeber: Vorstand der SPD, SOPADE-Rednerdienst, Redaktion: Wolf  
Koch, Bonn, Ollenhauerstraße 1. Druck: Neuer Vorwärts-Verlag, Abteilung  
Bonn-Druck, Bonn, Burgstraße 81. 7 - 65 — A 1 - 110 — Bestell-Nr. 2634

A83